

Predigtpreis-Verleihung 2017

Replik Professor Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a.D.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Professor Hauschild, Herr Professor Schmidt-Rost, sehr geehrter Herr Rentrop, Herr Graf, verehrte Gäste, liebe Schwestern und Brüder in Christus,

Es gibt im Leben immer mal wieder Überraschungen, manchmal erfreuliche, gelegentlich unangenehme. Die Verleihung von Preisen gehört in der Regel immer eher zur ersten Kategorie, aber die Vorstellung, für ein Lebenswerk ausgezeichnet zu werden, das nicht offensichtlich preiswürdig und ganz offensichtlich nicht vollendet ist, ist doch sehr gewöhnungsbedürftig.

Ich nehme diesen ökumenischen Predigerpreis gleichwohl dankbar und gerne an und bedanke mich für die besonders lebenswürdige und wohlwollende Laudatio, wobei mir natürlich schon aufgefallen ist, dass diese Preisverleihung unter ausdrücklichem Hinweis auf regelmäßige Mitwirkung an Kirchentagen, Festgottesdiensten, ökumenischen Initiativen, Übernahmen von Schirmherrschaften und ähnlichen, mehr oder weniger spektakulären Anlässen erfolgt, aber nicht wegen dort vorgetragener Anregungen, vielleicht eher trotzdem, jedenfalls im Ergebnis unter besonderem Hinweis auf politische Reden, die zu profanem Anlass gehalten worden sind. Und deswegen will ich doch als engagierter Christ mit dem ausdrücklichen Hinweis beginnen, schon gar am Ende eines Reformationsjubiläumjahres, dass mir die Überwindung der Spaltung der Christenheit ebenso nötig und ebenso möglich erscheint wie die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas, die wir inzwischen überwunden haben. Sie hat ein halbes Jahrhundert bestanden. Und an die Wiederherstellung der Einheit des eigenen Landes und das Wiederausammenwachsen Europas haben wir uns inzwischen in einer Weise gewöhnt, als sei immer schon klar gewesen, dass das natürlich möglich ist. Obwohl die allermeisten von uns mindestens noch in Erinnerung haben, dass wir es bis kurz vorher für völlig ausgeschlossen gehalten haben. Während wir mit der Spaltung der Christenheit jetzt seit einem halben Jahrtausend uns in einer, jetzt etwas zugespitzt formuliert, immer hin in gemüthlicher Weise eingerichtet haben. Nie war das Verhältnis der Konfessionen zueinander freundlicher als jetzt. Nie sind beide Kirchen miteinander verständiger, aufgeklärter, behutsamer umgegangen als in diesem Reformationsjubiläumjahr, was ich natürlich unter jedem Gesichtspunkt begrüße und für einen wichtigen Fortschritt halte, aber dass wir der Überwindung der Spaltung wirklich näher gekommen wären – davon bin ich nicht überzeugt. Und der inzwischen von allen gerne benutzte Begriff der versöhnten Verschiedenheit macht mich, offen gestanden, eher unruhig. Als Beschreibung des Weges wäre er sicher gut geeignet, er wird aber von vielen ganz offenkundig für die Zielbeschreibung gehalten. Und für mich ist versöhnte Verschiedenheit jemand, der mit Verschiedenheit zu leben gelernt hat und mit Versöhnung als Christ ganz gewiss kein Problem hat. Für mich ist versöhnte Verschiedenheit als Ziel der Ökumene eine verdeckte

Kapitulationserklärung. „Ihr sollt eins sein!“ lautet die völlig unmissverständliche Aufforderung Jesu im Johannes-Evangelium. Wir sind nicht eins. Und wir müssen die Frage beantworten „Wollen wir nicht oder können wir nicht?“ Die Frage muss übrigens jeder für sich beantworten. Dass das, was historisch, vielleicht auch aktuell die beiden Kirchen trennt, mit Unterschieden zu tun hat, die gewachsen sind, lässt sich weder bestreiten noch ist es weiter aufregend. Die eigentlich spannende Frage ist, ob die Unterschiede, die es zweifellos gibt, die Aufrechterhaltung der Spaltung rechtfertigen können. Das glaube ich ausdrücklich nicht. Insofern bleibt uns, bis zum nächsten großen Jubiläum in weiteren 500 Jahren, noch eine große Aufgabe, an die ich jedenfalls gerne erinnern möchte, bevor dieses Reformationsjubiläumsjahr mit Pauken und Trompeten und großen Feuerwerken hoffentlich friedlich zu Ende geht.

Ich hab mir vorgenommen, weil ja der Zusammenhang zwischen politischem, christlichem, religiösem Engagement ein besonderer Gegenstand der heutigen Preisverleihung ist, ein paar Bemerkungen zu machen zur Bedeutung der Religion in säkularen Gesellschaften, zu meinem Verständnis und zur Wahrnehmung von Missverständnissen über Bedeutung von Religion in aufgeklärten, modernen und liberalen Gesellschaften. Mit der Beschreibung säkularer Gesellschaften, in denen wir zweifellos leben, ist die weit verbreitete Vorstellung verbunden, Säkularisierung bedeute den Verzicht auf oder den Verlust von religiösen Orientierungen. Es gibt nicht Wenige, die diesen Zusammenhang nicht nur als Beobachtung verstehen, sondern sogar einen Kausalzusammenhang vermuten zwischen Modernität auf der einen Seite und einem Religionsverlust auf der anderen Seite, als sei der Preis der Moderne der notwendige Rückzug des Religiösen. Nach meiner Überzeugung beruht diese Einschätzung eigentlich auf einem deutlichen Missverständnis. Sie trifft erstens schlicht nicht zu, ist empirisch leicht widerlegbar, und sie verkennt zum anderen einen ganz grundlegenden Zusammenhang, der für moderne Gesellschaften nicht weniger, vielleicht sogar eher stärker gilt als für traditionelle, überkommene Gesellschaften, nämlich die Unverzichtbarkeit von Sinn-Zusammenhängen, für die Möglichkeit von Menschen, sich mit den Gesellschaften zu identifizieren, in denen sie leben.

Ich will mit dem schlichten Hinweis beginnen, dass mit Blick auf die Geschichte die Religionen weltweit nie, aus den Gesellschaften übrigens auch nie und auch aus der Politik jemals verschwunden sind. Gerade am Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir global keineswegs einen Rückzug des Religiösen, sondern im Gegenteil eine erstaunliche Revitalisierung des Religiösen im öffentlichen Raum. Interessanterweise ist diese Entwicklung allerdings überall stärker zu beobachten als in Europa, was wiederum das Missverständnis nahelegt, dem auch offenkundig viele zum Opfer fallen, eine moderne Gesellschaft sei notwendigerweise eine nichtreligiöse Gesellschaft. Von den über 7 Milliarden Menschen, die jetzt auf diesem Globus leben, gehören mindestens 80 % nach eigenen Auskünften irgendeiner Religionsgemeinschaft an. Das sind übrigens inzwischen mehr als in Deutschland, wo zwei Drittel der hier lebenden Menschen angeben, einer Religionsgemeinschaft anzugehören. Und zu der erstaunlichen, gelegentlich erschreckenden Bedeutung religiöser Züge, Orientierungen im 21. Jahrhundert, gehört die bemerkenswerte Instrumentalisierung und Politisierung von Religion für nichtreligiöse Zwecke. Wir

haben also auch, und gerade in modernen Zeiten, mit mindestens zwei und ganz unterschiedlichen Formen von Religiosität zu tun. Das ist zum einen die persönliche Religiosität im Rahmen gesicherter rechtsstaatlicher Demokratie als ein rechtlich geschützter Raum persönlicher Überzeugung und persönlicher Entfaltung, und das andere ist die politisierte Religion mit fundamentalistischen Machtansprüchen, die inzwischen eine bemerkenswerte globale Entfaltung gefunden hat. Parallel zu dieser Ambivalenz gibt es zwei sich im Windschatten dieser Entwicklung vollziehende weitere Missverständnisse. Das eine ist die Anmaßung, religiöse Überzeugungen für unmittelbar geltendes staatliches Recht zu erklären und im wörtlichen wie übertragenen Sinne des Wortes zu exekutieren. Und das andere Missverständnis ist die Arroganz, freundlicher formuliert, die Leichtfertigkeit, religiöse Überzeugungen für überholt, für belanglos oder für irrelevant zu erklären. Das zweite Missverständnis ist nicht weniger gefährlich als das erste. Religionen sind offenkundig nicht überholt. Sie sind ganz sicher nicht irrelevant. Und ganz bestimmt nicht belanglos, weder für einzelne Menschen noch für ganze Gesellschaften. Aus der richtigen Zurückweisung fundamentalistischer Instrumentalisierung religiöser Überzeugungen für politische Zwecke darf eben nicht geschlossen werden, dass die Religionen in modernen, demokratischen Gesellschaften keinen Raum haben dürften. Auch, und gerade der liberale Staat kann auf religiöse Bezüge und Begründungen nicht verzichten. Das haben übrigens die großen Philosophen der Aufklärung besser gewusst als ihre Epigonen. Von John Locke über Immanuel Kant, die Väter der amerikanischen Verfassung bis hin zu Alexis de Tocqueville finden wir einen durchlaufenden Faden in der jüngeren europäischen Philosophie-Geschichte, dass Gesellschaften ohne Verständnis für die Bedeutung von Religionen keinen inneren Haltepunkt finden. Und das schon gar eine liberale Gesellschaft aus freien und gleichen Menschen einen inneren Zusammenhalt ohne solche innerliche Grundüberzeugung schwerlich bewahren kann.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel mit einem Zitat verdeutlichen, ausgerechnet von Alexis de Toqueville, dem großen französischen Staatsphilosophen, der nach der französischen Revolution in einem erklärt laizistischen Staat aufgewachsen ist, gearbeitet und geschrieben hat und dann nach einem längerem Aufenthalt in dem damals noch jungen Vereinigten Staaten von Amerika seine große Studie über die Demokratie in Amerika verfasst hat. Und in diesem Werk findet sich folgender bemerkenswerter Befund: „Der Despotismus“, schreibt Tocqueville, der diesen noch kennengelernt hat, „der Despotismus kommt ohne Glaube aus, die Freiheit nicht. Der Republik ist die Religion viel notwendiger als der Monarchie, und im demokratischen Staatswesen mehr als allen anderen“. Ende des Zitats.

Der Despotismus kommt ohne Glauben aus. Die Freiheit nicht. Wieviel Religion erträgt eine moderne, aufgeklärte, liberale Gesellschaft? Und wieviel Religion braucht ein demokratisch verfasster Staat? Beide fragen lassen sich nicht unabhängig voneinander beantworten. Sie sind beide ganz unmittelbar aufeinander bezogen. Religionen, meine Damen und Herren, handeln von Wahrheiten, Politik von Interessen. Das eine ist so zentral wie das andere, und beides ist offenkundig grundverschieden. Zu den Ergebnissen unserer aufgeklärten Zivilisation gehört die Einsicht, dass es eine abschließende Beantwortung der Wahrheitsfrage nicht gibt.

Das hat seit Immanuel Kant viele Philosophen, Theologen, Literaten, Autoren umgetrieben, manche sogar geradezu in die Verzweiflung getrieben, dass wir die Frage, was wahr ist, zweifelsfrei nicht beantworten können. Deswegen gibt es im Übrigen auch den Glauben; denn was wir wissen, müssen wir nicht glauben. Glauben müssen wir, was wir nicht wissen, aber aus welchen Gründen auch immer dennoch für wichtig halten. Diese Einsicht der nicht abschließenden Beantwortbarkeit der Wahrheitsfrage macht Politik nötig und Demokratie möglich. Auf der Basis absoluter Wahrheitsansprüche ist Demokratie als Legitimation von Normen durch Verfahrensregeln nämlich gar nicht möglich. Über Wahrheiten lässt sich nicht abstimmen. Wahrheiten sind nicht mehrheitsfähig. So wie Interessen nicht wahrheitsfähig sind. Und weil Interessen nicht wahrheitsfähig sind, aber legitim, entschließt sich die Demokratie, verbindliche Entscheidungen eben nicht über Wahrheitsbehauptungen zu legitimieren, sondern durch eine Verfahrensregel. Gelten soll das, was die Mehrheit für richtig hält. Somit gilt es auch dann, wenn es nicht wahr ist. Und es gilt auch nicht so lange, wie es wahr ist. Sondern es gilt so lange bis andere Mehrheiten was anderes beschließen, was dann wiederum nicht wahr wird, sondern gilt. Was eben nicht dasselbe ist. Wahrheitsansprüche sind mit einem demokratisch veranlassten System prinzipiell unvereinbar. Daran muss man gerade in Zeiten des Populismus offensichtlich gelegentlich immer wieder mit Nachdruck erinnern. Und eher in Klammern, aber nicht weniger ernst gemeint, füge ich genau aus diesem Grund hinzu, wer sich für einen wahren Volksvertreter erklärt, ist sicher keiner. Weil er ganz offenkundig die Geschäftsgrundlage seines eigenen Handelns nicht begriffen hat. Diese prinzipielle Unvereinbarkeit von zwei ganz unterschiedlichen Legitimationsmechanismen verbindlicher Entscheidungen von Geltungs- Ansprüchen hat zur Folge, dass jede funktionierende Demokratie auf der sauberen Trennung von Politik und Religion beruhen muss. Aber es ist noch eine Spur komplizierter. Diese Trennung von Politik und Religion würde es ohne die religiös vermittelte Überzeugung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Freiheitsanspruch und seinem Anspruch auf Selbstbestimmung gar nicht geben. Wir reden also meistens wiederum ganz selbstverständlich von einer demokratisch-rechtstaatlichen Verfassung unseres Gemeinwesens, die bei genauem Hinsehen auf einem tief religiösen Kern beruht, ohne den es dieses Selbstverständnis unserer staatlichen Verfasstheit gar nicht gäbe. Zu den interessanteren Erfahrungen der jüngeren Geschichte, nicht nur, aber insbesondere unseres Landes, gehört, dass die Zahl der sich selbst religiös definierenden Menschen kontinuierlich abnimmt, aber keineswegs die Orientierungen in gleicher Weise verloren gehen, die im Zusammenhang mit solchen religiösen Bindungen ganz wesentlich entstanden und vermittelt worden sind. In allen Untersuchungen wird deutlich, dass der Anteil der Menschen, der religiösen Werte im Allgemeinen und christliche Werte und Überzeugungen im Besonderen für unsere Gesellschaft für zentral und unaufhebbar erklärt wesentlich höher ist als der Anteil der Menschen mit religiöser Bindung. D.h., wir haben auch etwas vereinfacht formuliert, eine beachtliche Stabilität der Überzeugung zentraler, christlich geprägter Orientierungen in unserer Gesellschaft bei gleichzeitig dramatisch zurückgehender Kirchenbindung. Übrigens haben wir hier eine interessante parallele Entwicklung im politischen Bereich. Auch da wird man schwerlich von einem dramatischen Verlust an politischem Interesse reden können, aber von einem dramatischen Verlust an Bindungsbereitschaft etwa an politische Parteien, davon wird man unbedingt reden müssen, denn der ist so signifikant,

mindestens so signifikant wie der Verlust von Kirchenbindung auf der einen Seite. Was ich übrigens auch ganz interessant finde, ist, dass es auf beiden Seiten einen ähnlichen Reflex zur Erklärung dieser Diskrepanz gibt. Die Antwort lautet auf der politischen Seite Politikverdrossenheit und auf der kirchlichen Seite Glaubensverlust. Beide Erklärungen sind zu einfach. Sie sind zu preiswert, sie sind eher Verdrängungen als sorgfältige Aufarbeitungen eines komplizierten Zusammenhanges. Sie haben auch den vorläufigen Vorteil, Zuständigkeiten zu verlagern oder sich selber für offenkundig überfordert zu erklären, denn so lange die Leute über Politik im Allgemeinen, über Verdrossensein oder ihren Glauben komplett verloren haben, könne man ja ernsthaft weder kirchliche Bindung noch politische Bindung erwarten. Bei genauem Hinsehen gibt es aber diesen behaupteten Glaubensverlust so gar nicht. Und ich glaube auch nicht, dass es in unserem Land eine breite Politikverdrossenheit gibt. Dass es vorkommt, dass man mit konkreten Personen, mit konkreten Entscheidungen, mit konkreten Verfahrensabläufen nicht nur unzufrieden, sondern tief frustriert ist, kann ich aus eigener Erfahrung sofort bestätigen. Daraus generelle Politikverdrossenheit herzuleiten, halte ich für reichlich voreilig. Und wenn im Übrigen in ein und der gleichen Gesellschaft jeweils haushohe Mehrheiten erklären, sie seien mit der im Grundgesetz niedergelegten Verfassungsordnung unseres Landes rundum zufrieden, aber mit vielen konkreten Entscheidungsabläufen grundsätzlich unzufrieden, könnte man das ja auch für einen Nachweis von wachsendem Urteilsvermögen halten. Jedenfalls scheint mir die Schlussfolgerung, das müsse auf tiefer Politikverdrossenheit beruhen, mindestens voreilig. So ähnlich glaube ich, auch wenn ich mich in dem Bereich nicht ganz so gut auskenne, so ähnlich verhält es sich, glaube ich, auch im kirchlichen Bereich mit Blick auf die offensichtlich zurückgehende Kirchenbindung und den behaupteten Glaubensverlust. Ich habe dazu ein interessantes Zitat gefunden, das inzwischen ein bisschen älter ist, aber diesen Zusammenhang in einer besonders eindrucksvollen Weise beschreibt. Und so ist, schreibt der Autor, die Kirche für viele heute zum Haupthindernis des Glaubens geworden. Sie vermögen nur noch das menschliche Machtstreben, das kleinliche Theater derer in ihr zu sehen, die mit ihrer Behauptung, das amtliche Christentum zu verwalten, dem wahren Geist des Christentums am Meisten im Wege zu stehen scheinen. Josef Ratzinger. Einführung in das Christentum. 1966. Für diejenigen, die jetzt spontan vermuten, das wird der nie niederschreiben, nur als kleine Ermutigung, das Werk ist inzwischen wieder aufgelegt, der Satz ist nicht gestrichen. Und so ist die Kirche für viele heute zum Haupthindernis des Glaubens geworden. Sie vermögen nur noch das menschliche Machtstreben, das kleinliche Theater derer in ihr zu sehen, die mit ihrer Behauptung, das amtliche Christentum zu verwalten, dem wahren Geist des Christentums am meisten im Wege zu stehen scheinen. Auch da fällt mir im Zusammenhang mit Ökumene vieles ein, auch mit Blick auf den Autor, den ich gerade rezitiert habe, das würde aber die Friedlichkeit der heutigen Veranstaltung in hohem Maße gefährden. Deshalb überlasse ich das jetzt unserem weiteren gemeinsamen Nachdenken.

Ich will zum Schluss nur noch einmal auf meinen Ausgangspunkt zurückkommen, dass die Vermutung sicher falsch ist, in modernen Gesellschaften habe Religion eigentlich keinen Platz, und wenn überhaupt, dann allenfalls als nostalgischen

Erinnerungsposten an eine vorhergehende Zeit. Und wenn sich diese Vermutung oder umgekehrt, der Nachweis der Unzutreffenheit dieser Vermutung irgendwo schlüssig belegen lässt, dann kaum irgendwo besser als in Deutschland; denn unser Grundgesetz, das nun mit oder ohne kirchliche Bindung für alle Menschen, die hier leben und der im Übrigen auch völlig unbestrittene, gemeinsame verbindliche Text, der die Beschreibung für die Bedingung unseres Zusammenlebens ist, dieses Deutsche Grundgesetz ist bei nüchterner Betrachtung ein tief religiös geprägter Text mit einer Serie von normativen Ansprüchen gegenüber der eigenen Gesellschaft. Bereits das in der Präambel reklamierte Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen muss ja nicht in einer Verfassung stehen. Steht aber. In unserer Verfassung. Und es steht hier nicht zufällig, sondern es steht hier im Bewusstsein einer Erfahrung, die eine Gesellschaft mit sich selbst gemacht hat. Der erste Artikel des Grundgesetzes lautet „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt“, Dieser Satz, der nicht nur der erste Satz, sondern der obere Satz unseres Verfassungsverständnisses ist. Dieser Satz formuliert ja nicht erkennbar eine empirische Tatsache. Wollte unser Grundgesetz das formulieren, was unseren Erfahrungen entspricht, dann müsste der erste Satz lauten „Die Würde des Menschen ist antastbar“. Nirgendwo ist der Beweis gründlicher erbracht worden als auf deutschem Boden. Der Satz, mit dem unsere Verfassung beginnt, lautet so wie er lautet, weil wir die umgekehrte Erfahrung gemacht haben, aber gerade wegen dieser Erfahrung auf den normativen Anspruch nicht verzichten wollen, dass es in Zukunft anders sein müsse. Und eine solche Überzeugung fällt nicht vom Himmel oder, vielleicht sollte ich sagen, fällt entweder vom Himmel oder es gibt sie nicht. Jedenfalls versteht sie sich nicht von selbst. Sie versteht sich aus religiös gewachsenen Überzeugungen, die in einer Gesellschaft vermittelt und über Generationen immer wieder weitergegeben werden. Und im Übrigen, meine Damen und Herren, wenn man mal in aktuelle politische Auseinandersetzungen blickt, dann wird man feststellen, dass über die Kurzeitaufreger von vermuteten, behaupteten, gescheiterten und aufgezwungenen Koalitionsverhandlungen hinaus die wirklich großen, herausragenden Fragen der Politik in der Gegenwart in hohem Maße ethisch relevante Herausforderungen sind. Das gilt insbesondere für alle Fragen, die mit dem Beginn und dem Ende des menschlichen Lebens zusammenhängen. Da befassen wir uns heute zunehmend mit Fragen, mit denen sich frühere Fraktionen von Abgeordneten nie befassen mussten, weil es die Möglichkeiten gar nicht gab, auf deren Verfügbarkeit wir heute Antworten finden müssen. Ob man das Zustandekommen von menschlichem Leben auch künstlich ermöglichen soll. Und wenn ja, unter welchen beliebigen Bedingungen? Ob man menschliches Leben nahezu beliebig verlängern darf und soll oder gar muss, wenn es denn technisch möglich ist. Ist ja längst keine technische Frage mehr, technisch ist sie beinahe abschließend beantwortet, sondern eine ethische, die unter dem Gesichtspunkt nicht nur eine individuelle, sondern unter gesamtgesellschaftlichen Geltungsansprüchen politisch entschieden werden muss. Ohne Gott ist kein Staat zu machen. Schon gar kein moderner Staat. Aber Gott macht keinen Staat. Das müssen wir selber tun. In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Vielen Dank.